

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Amtsblatt

Drahtschreib: Tagesblatt Riesa.
Fernruf Nr. 20.

Postfachamt: Postfach 21304.
Stroßstraße Riesa Nr. 52.

für die Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, das Königl. Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa, sowie den Gemeinderat Gröbfa.

Nr. 12.

Dienstag, 15. Januar 1918, abends.

71. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, durch unsere Träger frei Haus oder bei Abholung am Schalter der Kaiser Postanstalten vierteljährlich 3 Mark, monatlich 1 Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetales sind bis 10 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 43 mm breite Grundschreibzeile (7 Silben) 25 Pf., Ordpreis 30 Pf.; zeitraubender und tabellarischer Satz entsprechend höher. Nachweisungs- und Vermittlungsgebühr 20 Pf. feste Tarife. Demüßigter Rabatt erwirkt, wenn der Betrag vorläufig, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontos gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Verzehntägige Unterhaltungsbeilage „Frühling an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Verfertigungseinrichtungen — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Sähnel, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhe im Vittrich, Riesa.

1. Diphtherie-Serum mit den Kontrollnummern 589 und 590 aus dem Serumlaboratorium Huete-Snoch in Hamburg ist wegen Abschwächung zur Einziehung bestimmt worden.
2. Diphtherie-Sera mit den Kontrollnummern: 1765 bis 1798 einschl. aus den Höfster Farbwerken, 346 und 347 aus der Merck'schen Fabrik in Darmstadt, 436 bis 446 einschl. aus dem Serumlaboratorium Huete-Snoch in Hamburg, 255 und 256 aus der Fabrik vormals C. Schering in Berlin, 145 bis 153 einschl. aus dem Sächsischen Serumwerk in Dresden, 5 bis 15 einschl. aus den Behringwerken in Marburg sind, soweit sie nicht bereits früher wegen Abschwächung ufm. eingesetzt sind, vom 1. Januar ab wegen Ablaufs der staatlichen Gewährdauer zur Einziehung bestimmt worden.
3. Tetanus-Sera mit den Kontrollnummern:

374 bis 384 einschl. aus den Höfster Farbwerken,
386 " 407 " "
122 " 135 " "
" 137 " "
aus den Behringwerken in Marburg
sind wegen Ablaufs der staatlichen Gewährdauer vom 1. Januar 1918 ab zur Einziehung bestimmt worden.
4. Die Tetanus-Sera mit den Kontrollnummern: 385 aus den Höfster Farbwerken und 136 aus den Behringwerken in Marburg sind wegen Mangels an Keimfreiheit bereits früher zur Einziehung gelangt.
Dresden, am 10. Januar 1918. 48 II M
Ministerium des Innern. 159

Die Verhandlungen in Brest-Litowsk.

Brest-Litowsk, 13. Januar. (Fortsetzung des Berichtes aus voriger Nummer unter Neuheit. Nach. D. Red.) Herr Trotski erklärte hierauf, daß Verhandlungen von Landtagen, Stadtvertretungen und dergl. als Verhandlungen des Willens eines bestimmten einflussreichen Teiles der Bevölkerung aufgefaßt werden könnten, die aber nur Grund zur Annahme bildeten, daß das betreffende Volk mit seiner staatlichen Position unzufrieden sei. Daraus ergebe sich die Schlussfolgerung, daß ein Referendum eingeholt werden müsse, wozu aber die Schaffung eines Organs Vorbedingung sei, daß die freie Abstimmung der Bevölkerung garantieren könne.

Im weiteren Verlaufe der Besprechung behauptete Trotski, daß zwischen den Erklärungen der Mittelmächte vom 25. Dezember und der Formulierung der Punkte I und II vom 27. Dezember ein Widerspruch bestehe. Staatssekretär v. Kühlmann erklärte demgegenüber, daß beide Dokumente Ausflüsse desselben Geistes und derselben Politik seien wie sie der Reichstages in seiner programmatischen Rede im Reichstage angekündigt habe. Diese Rede habe im Grunde bereits die Deklaration der Verbündeten vom 25. Dezember enthalten und ebenso auch den Hinweis gebracht, daß die deutsche Politik ihre Beziehungen zu Polen, Litauen und Aurland unter Berücksichtigung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker zu pflegen beabsichtige. Des Weiteren stellte sich Staatssekretär von Kühlmann auf den Standpunkt, daß die nach Abwanderung strebenden Teile Rußlands nach Abgabe der Willenserklärungen der schon bestehenden Organe jetzt schon berechtigt seien, Verhandlungen zu treffen, die sie für ihre Zukunft für gut und nützlich hielten.

Sollten sich in diesen Verhandlungen Verfügungen hinsichtlich der Übernahme von Grenzkorrekturen finden, so sei es nicht einleuchtend, warum diese Gebiete in diesen Fragen nicht ebenso frei sein sollten, zu tun, was ihnen beliebt, wie andere.

Herr Trotski glaubte, in dieser Auffassung eine Untergrabung des Grundgedankes der Selbstbestimmung erblicken zu müssen, und warf die Frage auf, warum denn die Organe der fraglichen Völkerschaften nicht zu den Verhandlungen in Brest-Litowsk eingeladen worden seien, wenn sie sogar das Recht haben sollten, über Gebietsanteile zu verfügen. An eine solche Teilnahme der Vertreter dieser Völker an den Verhandlungen werde aber natürlich nicht gedacht, weil eben diese Nationen nicht als Subjekte, sondern als Objekte der Verhandlungen betrachtet würden. In Erwiderung auf diese Bemerkungen führte Staatssekretär v. Kühlmann aus: Ich bin gern bereit, den Gedanken zu diskutieren, ob und in welcher Form eine Beteiligung von Vertretern der fraglichen Nationen an unseren Besprechungen sich ermöglichen ließe.

Minister Graf Czernin äußerte gleichfalls seine Bereitwilligkeit, der Frage der Organisation von Vertretern der besprochenen Gebiete näherzutreten, fügte aber hinzu: Es ist erwünscht, zu wissen, in welcher Weise die Auswahl dieser Vertreter getroffen werden sollte, wenn russischerseits die in diesen Gebieten bestehenden Vertretungskörper nicht als berechtigt angesehen werden würden, im Namen der von ihnen vertretenen Nationen zu sprechen. Herr Trotski beantragte hierauf, die Sitzung zu verlegen, um es der russischen Delegation zu ermöglichen, eine Beratung abzuhalten und sich mit ihrer Regierung ins Benehmen zu setzen.

Brest-Litowsk, 13. Januar. In der Sitzung vom 12. Januar referierte Staatssekretär v. Kühlmann das Ergebnis der vorangegangenen Beratungen und wünschte genaue Erklärungen der russischen Delegation über die Ansätze, Subjekte und Objekte der Diskussion.

zieht die russische Regierung keine Schlüsse, die irgendwelche staatsrechtliche Verpflichtung der Bevölkerung dieser Gebiete im Verhältnis zur russischen Republik auferlegen würden. Die alten Grenzen des früheren russischen Kaiserreiches, insbesondere gegen das polnische Volk, sind mit dem Jaridismus verschwunden. Die neuen Grenzen des brüderlichen Bundes der Völker der russischen Republik und der Völker, die außerhalb ihres Rahmens bleiben wollen, müssen gebildet werden durch einen freien Entschluß der entsprechenden Völker.

2. Deswegen besteht für die russische Regierung die Grundaufgabe der jetzt geführten Verhandlung nicht darin, in irgendwelcher Weise das weitere wagnisvolle Bestehen der genannten Gebiete in dem Rahmen des russischen Reiches zu verteidigen, sondern in der Sicherung der wirklichen Freiheit der Selbstbestimmung der inneren Staatseinrichtungen und internationalen Lage der genannten Gebiete.

3. Die so verhandelte Aufgabe setzt voraus, die vorhergehende Verhandlung Deutschlands und Oesterreich-Ungarns von der einen, Rußlands von der anderen Seite über vier Hauptpunkte: Anbezug auf den Umfang des Territoriums, dessen Bevölkerung berufen sein wird, das Selbstbestimmungsrecht auszuüben, inbezug auf die allgemeinen politischen Voraussetzungen, unter denen sich die Lösung der Frage nach dem staatlichen Beschick der entsprechenden Territorien und Nationen vollziehen soll, inbezug auf das Uebergangsregime, das bis zum Moment der endgültigen staatlichen Konstituierung dieser Gebiete bestehen soll, inbezug auf die Art und Form, in der die Bevölkerung dieser Gebiete ihren Willen kundzugeben haben wird. Die Gesamtheiten der Antworten auf diese Fragen bilden die Paragrafen des Friedensvertrages, die den § 2 des deutschen Vorschlages vom 28. Dezember 1917 ergeben sollen. Die russische Delegation schlägt ihrerseits folgende Lösung der Fragen vor:

1. Das Territorium: Das Selbstbestimmungsrecht steht den Nationen und nicht ihren Teilen zu, die okkupiert worden sind. Rußland verpflichtet sich, diese Gebiete weder direkt noch indirekt zur Annahme dieser oder jener Staatsform zu nötigen. Die Regierungen Deutschlands und Oesterreich-Ungarns bekräftigen ihrerseits kategorisch das Fehlen irgendwelcher Ansprüche sowohl auf die Einverleibung in das Territorium Deutschlands und Oesterreich-Ungarns, der Gebiete des früheren russischen Kaiserreiches, die jetzt von den Deutschen Deutschlands und Oesterreich-Ungarns okkupiert worden sind, wie auf die sogenannten Grenzkorrekturen auf Kosten dieser Gebiete. Gleichzeitig verpflichtet sie sich, diese Gebiete nicht weder direkt noch indirekt zur Annahme dieser oder jener Staatsform zu nötigen, ihre Unabhängigkeit nicht durch irgendwelche Zoll- oder Militärkonventionen zu beeinträchtigen, die geschlossen würden vor der endgültigen Konstituierung dieser Gebiete auf Grund des politischen Selbstbestimmungsrechtes der sie bewohnenden Nationen. Die Abtötung soll nach Rücksichtnahme der fremden Oeere und Rückkehr der Flüchtlinge und der vom Anfang des Krieges evakuierten Bevölkerung stattfinden.

Der Zeitpunkt der Zurückziehung der Oeere wird durch eine besondere Kommission bestimmt entsprechend der Lage der Transportmittel, der Ernährung und anderer Fragen, die im Zusammenhang mit den Bedingungen des noch nicht beendigten Weltkrieges stehen.

Der Schutz der Ordnung und Rechte der im Prozeß der Selbstbestimmung sich befindenden Gebiete liegt den nationalen Oeeren und den lokalen Milizen ob. Den Flüchtlingen und den durch die Okkupationsbehörden seit Anfang des Krieges Evakuierten wird die volle Freiheit und die Möglichkeit der Rückkehr gegeben.

3. Vom Moment der Unterzeichnung des Friedens bis zur endgültigen staatlichen Konstituierung der genannten Gebiete geht ihre innere Verwaltung, die Leitung der lokalen Angelegenheiten, Finanzen usw. in die Hände eines temporären Organs über, das durch Verständigung der politischen Parteien, die ihre Lebensfähigkeit inmitten ihres Volkes vor und während des Krieges bewiesen haben, gebildet wird.

4. Die endgültige Lösung der Frage von der Staatslage der Gebiete, um die es sich handelt, und von der Form ihrer Staatseinrichtung wird durch das allgemeine Referendum erfolgen. Zweck Beschlusung der Arbeiten der Friedenskonferenz hält die russische Regierung es für außerordentlich wichtig, von der deutschen und österreichisch-ungarischen Delegation eine vollkommen erste Antwort auf alle die Fragen zu erhalten, die in dieser Erklärung aufgeworfen worden sind.

Hierauf erbat General Hoffmann das Wort und führte aus: Ich muß zunächst gegen den Ton dieser Vorschläge protestieren. Die russische Delegation spricht mit uns, als ob sie siegreich in unserem Lande käme und uns Bedingungen diktiert könnte. Ich möchte darauf hinweisen, daß die Tatsachen entgegengesetzt sind: Das siegreiche Deutsche

Oeere steht in Ihrem Gebiete! — Ich möchte sodann feststellen, daß die russische Delegation für die besetzten Gebiete die Anwendung eines Selbstbestimmungsrechtes der Völker in einer Weise und in einem Umfange fordert, wie es ihre Regierung im eigenen Lande nicht anwendet. Ihre Regierung ist begründet lediglich auf Macht, und zwar auf Macht, die rücksichtslos mit Gewalt jeden Andersdenkenden unterdrückt. Jeder Andersdenkende wird einfach als Gegenrevolutionär und Bourgeois vogelfrei erklärt. Ich will diese meine Ansicht nur an zwei Beispielen erläutern: In der Nacht vom 30. zum 31. Dezember wurde der erste wehrkräftige Kongress in Minsk, der das Selbstbestimmungsrecht des wehrkräftigen Volkes geltend machen wollte, von den Maximalisten durch Bajonett und Maschinengewehre auseinander gejagt. Als die Ukrainer das Selbstbestimmungsrecht geltend machten, stellte die Petersburger Regierung ihnen ein Ultimatum und versuchte die Erzwingung ihres Willens mit Waffengewalt durchzusetzen. Sowie aus den mir vorliegenden Funkgesprächen hervorgeht, ist der Bürgerkrieg noch im Gange. So stellt sich die Anwendung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker durch die marxistische Regierung in der Praxis dar.

Die deutsche Oberste Oeeresleitung muß deshalb eine Einmischung in die Regelung der Angelegenheiten der besetzten Gebiete ablehnen. Für uns haben die Völker der besetzten Gebiete ihren Wunsch der Loslösung von Rußland bereits klar und unabweislich Ausdruck gegeben. Von den wichtigsten Unbekannten der Bevölkerung möchte ich folgende hervorheben: Am 21. September 1917 erbat die litauische Landesversammlung, die sich ausdrücklich als Vertreterin der gesamten Bevölkerung Litauens bezeichnete, den Schutz des Deutschen Reiches. Am 11. Dezember 1917 proklamierte der litauische Landestag, der von den Litauern des In- und Auslandes als einzige bevollmächtigte Vertretung des litauischen Volkes anerkannt ist, den Wunsch der Abtrennung von allen staatlichen Verbindungen, die bisher mit anderen Völkern bestanden haben. Am 27. Dezember 1917 sprach die Stadtverordnetenversammlung in Riga eine ähnliche Bitte an das Deutsche Reich aus. Diefem Antrage haben sich die Rigaer Kaufmannskammer, die große Gilde, die Vertreter der Landbevölkerung sowie 70 Rigaer Vereine angeschlossen. Schließlich haben im Dezember 1917 auch die Vertreter der Ritterchaft der ländlichen, städtischen und kirchlichen Gemeinden aus Oesel, Dagö und Moon in verschiedenen Erklärungen sich von ihren bisherigen Beziehungen losgelöst. Auch aus verwaltungstechnischen Gründen muß die Deutsche Oberste Oeeresleitung eine Räumung Litauens, Litauens, Rigas und der Inseln im Rigaischen Meerbusen ablehnen. Alle diese Gegenden besitzen keine Verwaltungsorgane, keine Organe der Rechtspflege, keine Organe des Rechtsschutzes, keine Eisenbahnen, keine Telegraphen, keine Post, alles das ist in deutschem Besitz und in deutschem Betriebe. Auch zur Errichtung eines eigenen Volksheeres oder Miliz sind die Länder mangels geeigneter Organe in absehbarer Zeit nicht in der Lage.

Staatssekretär v. Kühlmann: Ich möchte hervorheben, daß es nicht möglich ist, auf die hier verlesene schriftliche Erklärung der russischen Delegation unsererseits jetzt irgendeine Stellung zu nehmen. Ich muß mir die weitere Stellungnahme in allen Punkten vorbehalten, möchte aber meiner persönlichen Ansicht dahin Ausdruck geben, daß der von der russischen Delegation vorgeschlagene modus procedendi, nämlich daß die Delegationen sich gegenseitig formulierte Schriftstücke vorlegen, weder zur Befriedigung der Verhandlungen beitragen wird, noch, besonders wenn die Schriftstücke dem uns heute vorgelegten entsprechen, im allgemeinen dazu beitragen wird, die Aussichten der Verhandlungen, die wir führen, in besonderem rosigem Lichte erscheinen zu lassen. Ich persönlich bin der Ansicht, daß es zweckmäßiger gewesen wäre, in der gestern angegebenen Weise fortzufahren, bis der ganze Stoff durchgesprochen war, um dann nach Abschluß der mündlichen Durchberatung schriftlich zu fixieren. Da aber die russische Delegation durch ihren heutigen Antrag sich auf einen anderen Boden stellt, schlage ich vor, zur Beratung unter den Bundesgenossen die Sitzung aufzuheben.

Herr Trotski: Es ist selbstverständlich, daß es durchaus nicht unsere Absicht ist, die Technik der Verhandlungen zu erschweren. Wenn die Gegenpartei sich auf den Standpunkt stellt, daß für das Vorbringen schriftlicher Formulierungen noch nicht der richtige Zeitpunkt ist, so würde unser heutiger Vorschlag zur Diskussion gestellt werden und wir würden uns das Recht vorbehalten, im Laufe der weiteren Verhandlungen zu unserer Deklaration als solcher nur einzelnen Teilen derselben zurückzuführen, ohne in irgend einer Weise der Gegenpartei eine ähnliche Behandlung der Angelegenheit aufzuzwingen zu wollen.

Staatssekretär v. Kühlmann: Ich kann diesen Vorschlag nicht annehmen. Das Vorhandensein schriftlich formulierter und ausgearbeiteter Vorschläge auf der einen Seite, denen von der anderen Seite keine Gegenformulie-

die brennende Friedrich-August-Medaille am Kriegsbande

verleihen werden. Die höhere Knaben- und Mädchenschule ist aufgehoben worden.

Die höhere Knaben- und Mädchenschule ist aufgehoben worden. Die Schule hat sich nicht als lebensfähig erwiesen.

In Dresden. In Vorkstadt Blauen wurden vier junge Burden aus Lodtau festgenommen, die in letzter Zeit allerlei Geschäfte, in denen sie Einkäufe besorgten, in der Weise plündereten, daß sie die Rollen vollständig leerten und mit der Brute verschwanden.

Sitta u. Eine Anzahl Bürger haben der Stadt Sitta zur Deckung der Kriegsausgaben Handhabe im Betrage von nicht weniger als 1332600 Mk. zur Verfügung gestellt.

Chemnitz. In der Nacht zum Sonntag verschied nach schwerem Leiden Professor Theodor Nordert Kellerbauer. Im Jahre 1864 wurde er an den Staatslehramt zu Chemnitz angestellt, wo er mit großem Erfolge lehrte.

Niesky. Die durch ein 17-jähriges Mädchen fortgesetzt verübte Diebstähle an Kleiderstoffen hatten einen großen Umfang angenommen.

Schwarzenberg. Eine Schenkung von 100000 Mk. machte der Stadtgemeinde Fabrikbesitzer Louis Krauß mit der Bestimmung, daß Straßen und Wege, Brücken nach künstlerischen Gesichtspunkten gestaltet, öffentliche Anlagen und Spielplätze geschaffen, Brunnen und Denkmäler errichtet und die öffentlichen Gebäude mit Werken der Kunst und des Kunstgewerbes ausgestattet werden.

Sersdorf b. Hohenstein-E. Die vier jungen Leute, die in der Nacht zum 29. Oktober die elektrische Ueberlandbahn dadurch in große Gefahr brachten, daß sie allehand Gegenstände auf die Schienen der Gleise warfen und eine Weiche festsetzten, wodurch der Zug auf einen Güterwagen fuhr und Verloren- und Sachschaden entstand, wurden vom Schöffengericht zu je 2 Monaten Gefängnis verurteilt.

Wülzen a. St. Niklas. Die Eheleute Hochmuth hier verstarben an einem Tage und innerhalb einer Stunde. Der Tod erlöste sie von schwerer Krankheit.

Neueste Nachrichten und Telegramme vom 15. Januar 1918.

Das Echo der Berliner Presse zu den Berliner Konferenzen.

Berlin. Die halbamtliche Nachricht von der Entspannung des Verhältnisses zwischen der Deeresleitung und der politischen Leitung hat alle die in den letzten Tagen erregten Gemüter befähigt. Gleichwohl macht sich in der Presse, soweit diese die Nachricht kommentiert, abnorm eine geteilte Auffassung bemerkbar.

Ueber fernem Meeren.

Roman von E. v. Winterfeld-Barnow. 16. Fortsetzung.

„Siehst du,“ sagte sie zu Alice, „wie sie alle aussehen, die hier an Bord kommen? Fieber hat sie so schmal gemacht, Fieber hat ihre Wangen einfallen lassen.“

Die See wurde jetzt sehr unruhig. Der kleine Dampfer, der bei Günde Reisende am „Prinzregenten“ absetzte, langte wie eine Raubkatze auf den Wellen.

Das Ausladen der Reisenden geschieht hier mittels eines hohen Korbes. Mehrere Personen haben darin Platz. Man betritt ihn durch eine Tür. Dann wird er erst heraus und wieder herunter gerufen.

In Beira lag das Schiff mehrere Tage braun im Hafen, und Jucker und Seiwärge ein und wartete auf einen kleinen Gesellschaftsdampfer, der mit seinen Frauen Besatzung hatte.

Auf ihm kam zugleich ein sehr hoher, portugiesischer Beamter nebst Gemahlin und Stab unter großer militärischer Bedeckung an, der auf dem „Prinzregenten“ die Weiterreise antrat.

Die sbländischen, dunkeläugigen Offiziere und Soldaten mit ihren stierlichen Figuren in farbenprächtiger Galauniform, mit Gold und Silberstickerei, den dunklen Schnurrbart in die Höhe gedreht, machten auf Alice einen etwas theatermäßigen Eindruck.

Deutscher Generalstabsbericht.

(Amtlich.) Großes Hauptquartier, 15. Januar 1918. Bekannter Kriegsausgang. Keine besonderen Ereignisse. In verschiedenen Stellen der Front Artilleriekämpfe. Kein Neues. Westliche Front. Die Lage ist unverändert. Südliche Front. Stärkere Angriffe, die die Italiener gegen die österreichisch-ungarischen Stellungen am Monte Molone und Monte Vertica führte, sind unter schweren Verlusten gescheitert.

Der erste Generalquartiermeister: S u b e n d o r f.

In der Tagesblätter" wendet sich mit steigender Wärme gegen die Alldeutschen: Die Berliner Konferenzen, so heißt es dort, haben keine Aenderung und besonders nicht die von den Alldeutschen und Kühmann-Stürzern erzielte Aenderung herbeigeführt.

Berlin. (Amtlich.) Ein unserer Unterseeboote hat unter schneller Führung des Oberleutnants z. S. Loh in der Ummantelung fünf Dampfer und drei Fischereifahrzeuge mit rund 21000 Bruttoregistertonnen versenkt, eine Leistung, die umso anerkannterwert ist, als die Besatzung von einem kleinen U-Boot und in einem Seegebiet erzielt wurde, in dem die feindliche Gegenwirkung besonders stark ist.

Berlin. (Amtlich.) Ein unserer Unterseeboote hat unter schneller Führung des Oberleutnants z. S. Loh in der Ummantelung fünf Dampfer und drei Fischereifahrzeuge mit rund 21000 Bruttoregistertonnen versenkt.

Berlin. (Amtlich.) Ein unserer Unterseeboote hat unter schneller Führung des Oberleutnants z. S. Loh in der Ummantelung fünf Dampfer und drei Fischereifahrzeuge mit rund 21000 Bruttoregistertonnen versenkt.

Berlin. (Amtlich.) Ein unserer Unterseeboote hat unter schneller Führung des Oberleutnants z. S. Loh in der Ummantelung fünf Dampfer und drei Fischereifahrzeuge mit rund 21000 Bruttoregistertonnen versenkt.

Berlin. (Amtlich.) Ein unserer Unterseeboote hat unter schneller Führung des Oberleutnants z. S. Loh in der Ummantelung fünf Dampfer und drei Fischereifahrzeuge mit rund 21000 Bruttoregistertonnen versenkt.

Berlin. (Amtlich.) Ein unserer Unterseeboote hat unter schneller Führung des Oberleutnants z. S. Loh in der Ummantelung fünf Dampfer und drei Fischereifahrzeuge mit rund 21000 Bruttoregistertonnen versenkt.

Berlin. (Amtlich.) Ein unserer Unterseeboote hat unter schneller Führung des Oberleutnants z. S. Loh in der Ummantelung fünf Dampfer und drei Fischereifahrzeuge mit rund 21000 Bruttoregistertonnen versenkt.

Berlin. (Amtlich.) Ein unserer Unterseeboote hat unter schneller Führung des Oberleutnants z. S. Loh in der Ummantelung fünf Dampfer und drei Fischereifahrzeuge mit rund 21000 Bruttoregistertonnen versenkt.

Berlin. (Amtlich.) Ein unserer Unterseeboote hat unter schneller Führung des Oberleutnants z. S. Loh in der Ummantelung fünf Dampfer und drei Fischereifahrzeuge mit rund 21000 Bruttoregistertonnen versenkt.

Berlin. (Amtlich.) Ein unserer Unterseeboote hat unter schneller Führung des Oberleutnants z. S. Loh in der Ummantelung fünf Dampfer und drei Fischereifahrzeuge mit rund 21000 Bruttoregistertonnen versenkt.

Berlin. (Amtlich.) Ein unserer Unterseeboote hat unter schneller Führung des Oberleutnants z. S. Loh in der Ummantelung fünf Dampfer und drei Fischereifahrzeuge mit rund 21000 Bruttoregistertonnen versenkt.

Berlin. (Amtlich.) Ein unserer Unterseeboote hat unter schneller Führung des Oberleutnants z. S. Loh in der Ummantelung fünf Dampfer und drei Fischereifahrzeuge mit rund 21000 Bruttoregistertonnen versenkt.

Berlin. (Amtlich.) Ein unserer Unterseeboote hat unter schneller Führung des Oberleutnants z. S. Loh in der Ummantelung fünf Dampfer und drei Fischereifahrzeuge mit rund 21000 Bruttoregistertonnen versenkt.

enallische Front oder die englische Munitionserzeugung schwächt. Dies wird umso mehr der Fall sein müssen, als es England nach den neuesten Nachrichten vorzöge, im Hinblick auf die immer größer werdende Nahrungsmittel- und Brotgetreide, Fleisch und Futtermittel statt der Truppenhilfe von den Vereinigten Staaten von Amerika zu erhalten.

Cailloux verhaftet.

Paris. (Davas-Meldung.) Cailloux ist gestern Morgen verhaftet und unterzählig in das Gefängnis für Kranke überführt worden.

Paris. Die Davas-Berichte, erschienen alle Abendblätter gestern mit großen Ueberschriften, wie „Die Verhaftung des Freundes Volos“, „Dachverratsverdrehen“ oder „Ein Theaterstück“. Die Blätter berichten von der Durchsuchung eines Schließfaches, das Cailloux in Florenz unter dem Namen „Renouard“ in dem Finanzinstitut der Banca Atollana di Sconto habe. Nach dem „Intranseant“ hätte man in diesem Schließfache Wertpapiere in beträchtlicher Höhe und Papiergeld gefunden, deren Bedeutung unbestreitbar ist.

Stocholm. Der englische Botschafter in Petersburg, George Buchanan, erklärte gestern einem Vertreter von Stockholms Idningen, nach seiner Ansicht sei es den Bolschewiki gelungen, sich eine solche Stellung zu schaffen, daß niemand sie gegenwärtig vertreiben könne.

Berlin. In der russischen Presse werden vielfach die wirtschaftlichen Folgen eines angeblich von Deutschland auf 15 Jahre geforderten Rechts der völligen Einfuhr deutscher Waren nach Russland erörtert.

Die Annullierung der russischen Anleihen.

Petersburg. (Priv.-Tel.) Der Oberste Rat für das nationale Eigentum hat den Entwurf eines Dekrets zur Annullierung aller nationalen Anleihen, die von der kaiserlichen und der bürgerlichen Regierung ausgegeben wurden, ausgearbeitet.

Wilson's Botschaft macht Eindruck bei den Bolschewiki. Die Sowjets betrachten die Botschaft Wilsons als einen moralischen Erfolg.

Berlin. Wie wir hören, ist am 11. Dezember 1917 der Herausgeber der in Amsterdam erscheinenden radikal-sozialistischen Wochenschrift „Der Kampf“, Karl Winkler, auf deutschem Boden von der deutschen Grenzpolizei (Wurm) überfallen worden.

Berlin. Wie wir hören, ist am 11. Dezember 1917 der Herausgeber der in Amsterdam erscheinenden radikal-sozialistischen Wochenschrift „Der Kampf“, Karl Winkler, auf deutschem Boden von der deutschen Grenzpolizei (Wurm) überfallen worden.

Berlin. Wie wir hören, ist am 11. Dezember 1917 der Herausgeber der in Amsterdam erscheinenden radikal-sozialistischen Wochenschrift „Der Kampf“, Karl Winkler, auf deutschem Boden von der deutschen Grenzpolizei (Wurm) überfallen worden.

Berlin. Wie wir hören, ist am 11. Dezember 1917 der Herausgeber der in Amsterdam erscheinenden radikal-sozialistischen Wochenschrift „Der Kampf“, Karl Winkler, auf deutschem Boden von der deutschen Grenzpolizei (Wurm) überfallen worden.

Berlin. Wie wir hören, ist am 11. Dezember 1917 der Herausgeber der in Amsterdam erscheinenden radikal-sozialistischen Wochenschrift „Der Kampf“, Karl Winkler, auf deutschem Boden von der deutschen Grenzpolizei (Wurm) überfallen worden.

Berlin. Wie wir hören, ist am 11. Dezember 1917 der Herausgeber der in Amsterdam erscheinenden radikal-sozialistischen Wochenschrift „Der Kampf“, Karl Winkler, auf deutschem Boden von der deutschen Grenzpolizei (Wurm) überfallen worden.

Berlin. Wie wir hören, ist am 11. Dezember 1917 der Herausgeber der in Amsterdam erscheinenden radikal-sozialistischen Wochenschrift „Der Kampf“, Karl Winkler, auf deutschem Boden von der deutschen Grenzpolizei (Wurm) überfallen worden.

Berlin. Wie wir hören, ist am 11. Dezember 1917 der Herausgeber der in Amsterdam erscheinenden radikal-sozialistischen Wochenschrift „Der Kampf“, Karl Winkler, auf deutschem Boden von der deutschen Grenzpolizei (Wurm) überfallen worden.

Berlin. Wie wir hören, ist am 11. Dezember 1917 der Herausgeber der in Amsterdam erscheinenden radikal-sozialistischen Wochenschrift „Der Kampf“, Karl Winkler, auf deutschem Boden von der deutschen Grenzpolizei (Wurm) überfallen worden.

Berlin. Wie wir hören, ist am 11. Dezember 1917 der Herausgeber der in Amsterdam erscheinenden radikal-sozialistischen Wochenschrift „Der Kampf“, Karl Winkler, auf deutschem Boden von der deutschen Grenzpolizei (Wurm) überfallen worden.

Berlin. Wie wir hören, ist am 11. Dezember 1917 der Herausgeber der in Amsterdam erscheinenden radikal-sozialistischen Wochenschrift „Der Kampf“, Karl Winkler, auf deutschem Boden von der deutschen Grenzpolizei (Wurm) überfallen worden.

